

SPD-Chefin Bas stellt sich hinter Rentenreform



Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) warb im Bundestag trotz einiger eigener Bedenken, die sie zuvor geäußert hatte, insgesamt für die umstrittene Rentenreform. Foto: Michael Brandt/dpa

KERSTIN MÜNSTERMANN - UND BIRGIT MARSCHALL

Nach dem AfD-Sieg in Sachsen-Anhalt verteidigt die schwarz-rote Koalition ihre Pläne. Vor der Abschaffung der Rente mit 63 soll es eine mehrjährige Übergangszeit geben – doch der Streit bleibt.

BERLIN Die schwarz-rote Koalition will auch nach dem AfD-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt im Großen und Ganzen an ihren Reformplänen für Rente, Gesundheit und Pflege sowie im Steuersystem festhalten. Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) warb im Bundestag trotz einiger eigener Bedenken, die sie zuvor geäußert hatte, insgesamt für die umstrittene Rentenreform. Auch andere Koalitionspolitiker verteidigten die Reform in einer hitzigen Debatte gegen Kritik der Opposition und aus den eigenen Reihen.

Besonders strittig ist die geplante Abschaffung der Rente für besonders langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren, der sogenannten Rente mit 63. Bas versprach rentennahen Jahrgängen eine mehrjährige Übergangsfrist. „Es wird einen Vertrauensschutz geben, darauf können sich alle verlassen“, versicherte sie am Freitag. Im Gespräch sind fünf Jahre. Die Rente mit 63 wäre damit effektiv erst 2032 abgeschafft.

Die AfD hatte die Wahl in Sachsen-Anhalt am vergangenen Sonntag mit großem Abstand gewonnen. Nun fürchten Union und SPD eine ähnliche Entwicklung am 20. September in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Während Teile der SPD die Rentenreform sowie Kürzungen bei Gesundheit und Pflege infrage stellen, fordert die Unionsfraktion eine stärkere Entlastung der Bürger bei der geplanten Steuerreform. Bisher hat die Koalition nur Geld für eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen im Umfang von rund zehn Milliarden Euro ab 2028.

Die Koalition müsse an der Rentenreform in dieser Legislatur festhalten, sagte SPD-Chefin Bas. „Alles andere kommt uns teuer zu stehen, führt zu Rentenkürzungen und zu massiv steigenden Beiträgen.“ Sie forderte Zuversicht für die anstehenden Reformen: „Wir haben die Wahl zwischen Misstrauen oder Zuversicht.“

Im Juni hatten Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Bas angekündigt, die vorliegenden Vorschläge einer Kommission zur Reform der Rente komplett umzusetzen. Das Aus für die beliebte frühere Rente ohne Abschläge ist eine von 33 Empfehlungen. Bereits damals hatte Bas auf nötige Übergangsfristen hingewiesen. Das wurde allerdings überhört. Vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hatten auch drei ostdeutsche CDU-Ministerpräsidenten gefordert, die Rente mit 63 beizubehalten. Die Union forderte Bas auf, den Gesetzentwurf zur Rentenreform nun schnell vorzulegen. „Das Besondere an der Rentenreform ist, dass sie einmal über die Legislatur hinausdenkt“, lobte der Junge-Union-Chef Johannes Winkel. Scharfe Kritik kam dagegen von der Opposition. Die AfD-Abgeordnete Ulrike Schielke-Ziesing nannte die Pläne bei der Rente mit 63 einen „Affront gegenüber den Menschen“. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Grünen, Armin Grau, kritisierte die Koalitionspläne als „ungerecht und unsozial“. Sarah Vollath von der Linken warnte, die Regierung werde das Vertrauen der Menschen in die gesetzliche Rente schwächen.

Strategischer Kurswechsel?

Während der neue Gesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU) eine Expertenkommission für die Pflegeversicherung einsetzen will, ähnlich wie bei der Rente, dringt seine Fraktion auf stärkere steuerliche Entlastungen. Unionsfraktionschef Thorsten Frei (CDU) zeigte sich hier allerdings zurückhaltend. Das, was die schwarz-rote Koalition beschließe, müsse auch den nachfolgenden Generationen gegenüber gerecht sein, sagte Frei. „Eine Steuersenkung auf Pump beispielsweise wäre aus meiner Sicht keine vernünftige Alternative“, sagte Frei. Wenn man die Menschen stärker entlasten wolle, müsse dies auch gegenfinanziert sein.

Die Mini-Steuerreform hat bei potenziellen CDU-Wählern jedoch tiefe Enttäuschung ausgelöst. Der Chef des Arbeitnehmerflügels der Union, Dennis Radtke, hatte daher eine

erheblich stärkere Entlastung gefordert. Sie könne mit einem mutigeren Subventionsabbau und dem Verzicht auf die höhere Mütterrente gegenfinanziert werden.

Die SPD zeigte sich dafür offen. „Angesichts der angespannten Haushaltslage müssen wir ernsthaft darüber reden, wo wir Spielräume schaffen können, um weitere Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen“, sagte der Chefhaushälter der SPD-Fraktion, Thorsten Rudolph. Die Verschiebung der Mütterrente „halte ich in diesem Zusammenhang für eine sinnvolle Maßnahme“, fügte er hinzu. SPD-Finanzpolitikerin Frauke Heiligenstadt bekräftigte aber auch die SPD-Forderung nach einer höheren Besteuerung von Vermögenden, Erben und Spitzenverdienern.

CDA-Chef Radtke forderte seine Partei zudem zu einem schnellen strategischen Kurswechsel auf. „Wenn 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die wir in Sachsen-Anhalt verloren haben, sagen, dass die CDU sich nicht um Arbeitnehmer kümmert, dann müssen die Alarmglocken schrillen“, heißt es in dem Brief Radtkes an die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). „Deshalb braucht es jetzt einen Kurswechsel. Bei den Inhalten, bei der politischen Erzählung, bei der Kommunikation“, fordert Radtke. Der Kurs von „CDU pur“ sei gescheitert.

Hoher Bundeszuschuss für Rentenkasse

Allein 132 Milliarden Euro sollen im kommenden Jahr vom Bund als Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung fließen. Das Budget von Sozialministerin Bas steigt 2027 insgesamt auf 201,5 Milliarden Euro. Er ist damit der mit Abstand ausgabenstärkste Einzeletat.